

missionszfigung, die über das Gesetz berieth und deren Vorsitzender der Abg. v. Bonin war, schickte der Ministerpräsident v. Manteuffel den damaligen Chef des Preßbureaus Dr. Rybo Duehl. Dieser erklärte die Sache für eine eminent politische, die Zeitungsschreiber seien eine sehr bedenkliche Sorte, er habe selbst früher dazu gehört. Er war bekanntlich 1848 Redacteur des damals sehr radicalen „Danziger Dampfbootes“. Die Steuer wurde damals auf 120,000 Thlr. veranschlagt und vom Hause mit der geringen Majorität von 153 gegen 113 Stimmen angenommen. Zu denen, die dagegen stimmten, gehörte der gegenwärtige Finanzminister Camphausen. (Hört!) Sie sehen also, daß die Abneigung gegen diese Steuer im Herzen des Finanzministers schon seit mehr als 20 Jahren schlummert, und ich hoffe, er wird dieser Abneigung heute Ausdruck geben. (Heiterkeit.)

Unter dem 6. März 1861 legte der Finanzminister v. Batow sodann einen Entwurf vor, der die Reform der Zeitungssteuer vom Jahre 1852 zum Zweck hatte. Auch er führte nur die finanzielle Lage des Staates als Motiv gegen die Aufhebung vor. Damals war schon die Zeitungssteuer von 120,000 Thlrn. gemüthlich auf 430,668 Thlr. gestiegen. Herr Geheimrath Wagener, damals Chef der conservativen Partei, erklärte in der Plenarberatung wörtlich: „Der Theil der Fraction, den ich repräsentire, ist niemals ein Freund dieses Gesetzes gewesen, wir haben dieses Gesetz stets bekämpft.“ Wenn auch Herr Wagener gegenwärtig nicht mehr Chef der conservativen Partei dieses Hauses ist, hoffe ich doch, wird die letztere in dem nämlichen Geiste wie ihr damaliger Chef für die Aufhebung dieser Steuer stimmen. Hr. v. Binde forderte damals die Aufhebung, „weil namentlich der arme ungebildete Mann Zeitungen lesen müsse“.

Mit Bezug auf den finanziellen Punkt brauchen wir bei dem Ueberfluß an Geld, in dem wir schwimmen, die Frage nicht so ernsthaft zu ventiliren. Wenn der Herr Finanzminister 900,000 Thlr. weniger einnimmt, so ist das bei der Fülle an Geld gar nicht zu spüren, da er allein durch die Schuldentilgung von 12½ Mill. jährlich eine halbe Million an Zinsen erspart. Schließen Sie sich dem Antrage Bernards' mit dem von mir vorgeschlagenen Termin an und Sie werden sich um Volksbildung und Volksunterricht verdient gemacht haben. (Beifall links.)

Abg. Windthorst-Meppen:

Ich habe eigentlich gehofft, daß durch eine Erklärung vom Ministerische her jede Erörterung hier im Hause überflüssig werden würde. Ich habe mit Zuversicht gehofft, daß die Regierung erklären würde: wir werden selbst einen Antrag derart einbringen oder den gestellten acceptiren. Zu meinem Bedauern herrscht am Ministerische tiefes Schweigen. Wir haben uns in der vorigen und gegenwärtigen Session bemüht, nach allen Seiten hin Erleichterungen zu schaffen, überallhin es empfinden zu lassen, daß die Verhältnisse unserer Finanzen besser geworden. Für die Presse ist nichts geschehen, das Preßgesetz besteht fort und wird in einer Weise gehandhabt, die ich nicht billigen kann. Die Auflagen sind dieselben und, wie der Abg. Berger soeben noch dargelegt hat, sehr gestiegen. Hat die Presse das verdient? Ich bin nicht blind gegen die Fehler der Presse, gegen ihre Ausschreitungen, aber ich habe die Ueberzeugung, daß diese Mängel und Ueberschreitungen nur beseitigt werden können, indem wir die möglichste Freiheit herstellen. (Sehr wahr!)

Die Steuer ist aus finanziellen Gründen entstanden. Diese dauern nicht mehr fort. Es müssen also, wenn die Regierung ein so beharrliches Schweigen festhält, andere Gründe sein. Ich glaube in der That, es sind politische Gründe und vor allem Gründe der Concurrnz. (Sehr wahr!) Ich bin der Meinung, daß die Regierung in der Presse ihre Thätigkeit geltend zu machen hat. Ich billige deshalb vollständig, wenn die Regierung in der Presse sich vertreten läßt. Das muß aber so geschehen, daß das Jeder weiß, in diesem Organ spricht mit diesem Artikel die Regierung, und es darf nicht geschehen in der Weise, daß man in Blätter, von denen der Leser glaubt, sie seien unabhängig, so einige Kuckuckseier für die Regierung hineinlegt. Diese Einschmuggelung der Anschauungen der Regierung in solche Art Blätter bringt eine Verwirrung, eine Täuschung hervor, die ich einen öffentlichen Betrug nenne. (Sehr wahr!)

Ich habe daher früher der Regierung die Fonds für ihre Presse bewilligt; nachdem ich aber gesehen, daß man sich in einer von mir niemals zu billigen Weise ein Maß von Geld verschafft hat, über das Niemand Rechnung gelegt wird (Abg. Richter: Reptilienfonds!), und daß man dieses Geld braucht, um die Presse in einer Art zu handhaben, die man geradezu Corruption nennen muß, da habe ich die Bewilligung nicht mehr aussprechen können. Diesem Unwesen kann nur entgegengetreten werden, indem man die Presse frei macht von den Fesseln der Polizei und von dem Druck, den die Finanzverhältnisse auf sie üben. Einem solchen Preßconcurrenten gegenüber, wie die Regierung sich der Presse gegenüber hingestellt hat, einem Concurrenten gegenüber, wie er sich in neuer Gestalt entwickelt hat in der Association des Capitals, so daß man sagen kann, es gibt beinahe kein erhebliches Finanzgeschäft, welches nicht seine Blätter kauft und gründet und vermittelt dieser Presse in seinem Interesse in einer Weise arbeitet, die nicht immer die Interessen des Volkes im

Allgemeinen ist, — solchen Concurrenten gegenüber ist es nothwendig, daß wir, um nicht erdrückt zu werden, die Presse frei machen von der Polizei und von dem Finanzdruck.

Der finanzielle Druck hemmt die wirklich gute Entwicklung der Presse wesentlich. Wie unvortheilhaft steht die Presse bei uns in Bezug auf Papier und Druck gegen die Presse in Frankreich, Belgien und Oesterreich. In welcher beängstigenden Lage befinden sich so viele Männer, die ihre Kräfte der Presse widmen! Wer sich mit diesen Verhältnissen bekannt gemacht hat, weiß, wie schwer die Arbeit ist, welche diese Männer verrichten, wie sie vom Morgen bis in die tiefstinkende Nacht unaufhörlich ihre Kräfte aufreiben, dennoch aber sicher nicht soviel verdienen, um ihre Existenz zu sichern. Sicher verdienen sie nicht einmal soviel, um für ihre kranken und schweren Tage, wo sie nicht mehr arbeiten können, zu sorgen, nicht soviel, um ohne irgendwelche Bekümmerniß auf das Loos der Jhrigen zu sehen, und doch werden wir darüber nicht zweifelhaft sein können, daß diese Männer vor allen unsere Theilnahme verdienen. Sie sind die Volkslehrer im eminenten Sinne des Wortes, und es muß uns daran liegen, daß diese Männer ein gutes Auskommen haben, damit sie nicht den Versuchungen unterliegen, welchen Jeder unterworfen ist, der mit der Noth kämpft. In unserm Lande hat überhaupt zu meinem Bedauern es nicht dahin gebracht werden können, daß die Männer, welche die Presse vertreten, welche in derselben arbeiten, überall die Anerkennung und die sociale Stellung gefunden haben, welche ihnen unzweifelhaft gebührt und welche ihnen in andern freien Ländern gewährt wird.

So sehr ich auch geneigt bin, anzuerkennen, daß hier und da Ausschreitungen stattfinden, so haben wir, denke ich, uns doch auch zu vergegenwärtigen, was sie geleistet hat. Sie hat wesentlich beigetragen, die allgemeine Bildung zu fördern; sie hat vor allem es ermöglicht, daß in weitem Kreise das parlamentarische Leben eine tiefere Wurzel geschlagen hat; sie hat mit Unverdroßheit unsere Verhandlungen dem größern Auslande vermittelt und, was ich noch höher anschlage, sie hat sehr oft unbarmherzig unsere Verhandlungen kritisiert, und das thut uns gut. (Sehr wahr! links. Heiterkeit.) Dann hat außerdem die Presse in den Zeiten, wo das Vaterland in Gefahr gewesen ist, wesentlich dazu beigetragen, den Enthusiasmus des Volks anzuregen, und ich denke, wenn nach allen Seiten hin von den Erfolgen, die wir errungen haben, Wohlthaten ausgestreut werden, dann ist es nothwendig, daß die Männer der Presse, welche zu diesem Resultat wesentlich beigetragen haben, endlich auch berücksichtigt werden. Aus allen diesen Gründen bin ich der Meinung, wir sollen wenigstens das Kleine thun, was wir heute thun können, und diese Steuer aufheben. Ich hoffe noch jetzt, daß die Regierung das Schweigen brechen und sagen wird, es wird geschehen. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Der Standpunkt, von dem aus die Regierung sich dem Antrage gegenüberstellt, ist nicht sowohl ein politischer, als vielmehr der der allgemeinen finanziellen Rücksicht. Wir würden augenblicklich nicht in der Lage sein, wenn die Zeitungssteuer nicht bestände, Ihnen etwa aus politischen Rücksichten die Einführung dieser Steuer zu proponiren. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß sie augenblicklich existirt, daß sie einen Betrag von ungefähr einer Million abwirft und fragen uns: ist es zweckmäßig, ist es nothwendig, gerade schon in diesem Augenblicke auf den Fortfall der Steuer hinzuwirken?

In Bezug auf unsere finanziellen Zustände, glaube ich, geben wir uns nach manchen Richtungen gewissen Illusionen hin, nach manchen Richtungen hin beruhigen wir uns mit Maßregeln, die wir einstweilen zur Abhilfe bestehender Nothstände ergriffen haben, ohne uns klar zu werden, daß das nur die Anfänge von viel größern Bedürfnissen sind, die nach und nach eintreten. Ich glaube also, daß, wenn man in einem Jahre einen Ueberschuß von 20 Millionen gehabt hat, daraus keineswegs hervorgeht, daß diese Ueberschüsse jedes Jahr im Betrage von 20 Millionen bleiben werden. Und von Jahr zu Jahr haben wir uns überzeugen müssen, daß alles, was wir für Beamte, für Lehrer, für sonstige Bedürfnisse des Staates thun, wirklich vorderhand nur Anfänge sind, und daß, um befriedigende Zustände herbeizuführen, noch ganz andere Summen dazu gehören werden als diejenigen, die mit Zustimmung des Landtages in der diesmaligen Session bewilligt worden sind.

Wenn Sie sagen, die Presse meine einstimmig, die Stempelsteuer müsse abgeschafft werden, so gebe ich das zu. Das Feuer in dieser Beziehung kommt aus dem Centrum und von beiden Flügeln, Kreuzzeitung, Germania, demokratische Blätter (Oho! links, Ruf: Liberale Blätter!), also auf der ganzen Linie. Das erinnert mich nur daran, daß jemand vor Jahren im hohen Hause oder in der Presse gesagt hat: „Ja, die Presse, wenn es sich darum handelt, ultraconservative oder gemäßigte oder demokratische Presse, — so ist sie immer viel mehr Presse, als ultraconservativ, demokratisch oder sonst etwas.“ Diese Rücksichten haften an der Presse und können auf politische Entscheidungen nicht von Wirksamkeit sein. Ist es aber richtig, daß die Steuer, da sie einmal besteht, nicht drückend ist, daß sie nicht zu denen gehört, zu deren Fortschaffung ein